

Bezugspreis monatlich Mk.
bei der Geschäftsst. 6700 000
reiden Ausgabe. 7000 000
durch Zeitungsb. 7300 000
durch Post... 7436 000
einschl. Postgebühren
ins Ausland 11 000 000 v. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grund-
preise. Verlag und Post haben das
Recht, bei weiterer Geldentwertung
eine Nachforderung zu erheben.

Preis 1 pr. 2273. 3110. Teleg.-Abz.: Tagesblatt Polen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erchein:
an allen Zeitungen.
Anzeigenpreis:
i. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 100 000 M.
Reklameteil 250 000 M.
*) Sonderplatz 50% mehr
*) Reklameteil 250 000 M.

fr. Aufträge { Millimeterzeile im Anzeigenteil 100 000 M.
aus Deutschland { in deutscher Währung nach Kurs.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 233 in Polen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsunterbrechung oder Ausperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Mit wachsender Sorge...

Rußland und die Tschechoslowakei. — Der Antisemitismus in Polen. — Wie man eine chinesische Mauer errichtet.

Schon seit langer Zeit geht ein Teil der Presse in Polen Wege, die für das Staatswohl nicht besonders dienlich sind. Frankreichs Einfluß auf die Politik, die bei uns gemacht wird, ist groß, und in allen grundsätzlichen Fragen richtet man sich nach den Wünschen von Paris. Wir sagen damit keine neue Wahrheit. Auch einzelne Blätter in Polen wissen das und sagen es auch oft unumwunden. Die Blätter, die das nicht sagen, tun es aus durchsichtigen Gründen. Es ist lehrreich, da auf die Politik der Tschechoslowakei zu sehen. Tschechien ist von Frankreich auch abhängig — und doch geht gerade dieses Land ganz selbständige Wege. Man folgt nicht durch die und dünne den französischen Bestrebungen.

Welche Erfolge dieser Gang hat, zeigt uns die Erfahrung der letzten Zeit. Zwar hatte die Tschechi französische Geld in Händen, doch als der Franz zu fallen begann, behielt man das Geld nicht, sondern man warf es auf den Markt. Man hat in der Tschechi die Auffassung, daß es für das Land besser sei, eine Brücke zu bauen und nicht eine Barrikade zu sein. Das würde zwar verhängnisvoll auf Frankreich. Aber hat das Tschechi geschadet? Nein! Es hat den besten wirtschaftlichen Vertrag mit Frankreich abgeschlossen und Venedig wird in Paris trotzdem empfangen, und seine Stimme wird weiter gehört und beachtet. Venedig hat einen mitunter nicht gerade freundschaftlichen Standpunkt Frankreich gegenüber eingenommen, und doch hat man seine Erfolge nicht hindern oder untergraben können.

Neuerdings ist wieder ein Zug bezeichnend, der so selbständig ist, daß man mit wachsender Sorge in die Zukunft sieht. Auch verschiedene Nachrichten in der polnischen Presse weisen auf ernstere Stürmungen auf die neuen Absichten hin. Unabhängig von Frankreich will man nämlich sich jetzt Rußland nähern, um schnell zu einem wirtschaftlichen Abkommen die Hand zu reichen. Mit Misstrauen sieht ein Teil der polnischen Presse auf die Tschechoslowakei, denn es scheint, als ob auch hier wieder einmal Venedig die Rollen aus dem Rücken holen wollte. So schreibt z. B. der „Kurjer Godyński“:

„Die Tschechen sind auf alle Überwachungen in der Entwicklung der russischen Dinge vorbereitet. Sie sind für alle Möglichkeiten vorbereitet. Deswegen bringt die tschechische Presse einige grundsätzliche Tatsachen in Erinnerung. So haben zum Beispiel die tschechischen Regionen den härtesten Kampf gegen den Bolschewismus geführt, andererseits haben dieselben Regionen Bolschewisten in die Hände der roten Armee ausgeliefert. Die ausgemerkte russische und ukrainische Intelligenz, die den Bolschewismus feindlich gesinnt ist, fand in Prag eine freundliche Aufnahme und die Möglichkeit, ihre Studien zu vollenden. Die russische und ukrainische Jugend hat dort höhere Schulen, gleichzeitig haben aber die Tschechen ohne Rücksicht auf die Frage der Anerkennung mit den Sowjets seit langem Handelsbeziehungen unterhalten. Rügt man noch zu dem allseitigen Standpunkt gegenüber Rußland hinzu, daß Venedig der Vermittler zwischen den Sowjets und Frankreich war, so haben wir ein vollkommenes Bild der tschechischen Rührigkeit in der russischen Frage. Zu der Anerkennung Rußlands durch die Tschechen schreibt Stieffow in der „Głosy“ vom 28. Februar: „Die Konferenz der kleinen Entente in Belgrad, die im Juli stattfinden sollte, wird bereits im April abgeschlossen werden. Unzweifelhaft wurde diese Eile durch die Notwendigkeit hervorgerufen, das Verhältnis der kleinen Entente zu Rußland einer Durchsicht zu unterziehen. Die tschechischen Nationaldemokraten erleben bei dieser Gelegenheit die Forderung einer Entschädigung für die Verluste in der russischen Revolution. Der anonyme Verband der Tschechen aus Rußland berechnet diese Verluste auf drei Milliarden Tschechosloven. Das ist eine Schamlosigkeit. Die Tschechen haben in Sibirien 10000 Waggons gestohlen. Auf zwei tschechische Soldaten entfiel ein voller Wagon mit Beute, welche diese ausgereichenden Vandalen aufgebracht haben. Trotzdem bestreiten die Tschechen jegliche Schamlosigkeit, um noch von ihren Verlusten zu reden. Dr. Kramarz, so schreibt Stieffow seinem Artikel, ist wenig diplomatisch. Er vergaß, daß man im Hause des Erbkaisers nicht vom Strid redet.“ Deswegen wollen die Russen eine Gegenrechnung aufstellen, über die sich die Tschechen wundern werden.

In kurzer Zeit ist Venedig einer der bestauntesten Männer für Polen geworden. Mit großer Freude wird jeder Mitarbeiter, jeder Mithilf seiner Politik vereinnahmt. Der „Kurier“ „Gazeta“ erzählt mit großer Freude von Anmerkungen seitens tschechischer Blätter auf Venedig sowie vom dem Mißerfolg in der russischen Politik.

„Zurzeit hat die russische Aktion von Venedig keinen Erfolg gehabt. Die Bolschewisten werfen ihm ohne Vorbehalt vor, daß er neuerdings als Vermittler zwischen Frankreich und Rußland auf eine außerordentlich originelle Weise aufgetreten ist. Er hat dem Präsidenten Poincaré etwas ganz anderes mitgeteilt, als ihm aus Moskau zu wissen gegeben worden ist. Ohne auf die Frage einzugehen, wie weit diese Nachricht wahr ist, können wir doch feststellen, daß dieser Vorfall die Aussichten des Herrn Venedig für die Rolle des „ehelichen Mäkkers“ nicht steigern, und von neuem die Frage einer französischen Vermittlung ohne Vermittlung der Tschechoslowakei russischen wird. Daran scheitern neuerdings die Bolschewisten auch zu denken. Das wäre ein Zeichen einer diplomatischen Niederlage der Tschechen. Vielleicht wird diese Tatsache der Passivität der polnischen Diplomatie ein Ende bereiten, da die französisch-russischen Beziehungen eine Grundbedingung der internationalen politischen Politik bilden und so sehr die Zukunft des polnischen Staates berühren.“

Heute bildet also die russische Frage „eine Grundbedingung der internationalen Politik“. Das ist sehr offensichtlich — denn vor noch nicht so langer Zeit hat man an solche Überlegungen nicht gedacht. Freilich, heute ist die Sowjetrepublik von England und Italien anerkannt. Was wollen die großen Mächte etwas für gut befinden, sollen da die kleineren tadelnd und schmelzend beiseite schieben? Nicht ohne Grund ist diese Sorge, und auch in Rumänien, dem Verbündeten unseres Staates, hämmert diese Erkenntnis auf. Dort steht man allerdings offen genug, daß es die eigene Kurzsichtigkeit und Abhängigkeit war, die nun Rumänien in die Defensivstellung drängte. Früher, noch vor 1/2 Jahren, hätte ein freundliches Augenblinzeln genügt, eine rumänisch-russische Verständigung zu erreichen. Heute, da man Rußland als eine spröde Schöne umwirbt, wird die Günstigkeit nicht leicht zu erringen sein. Es geht uns in Polen ähnlich. Schuld daran ist der grundsätzliche Standpunkt, daß man lieber Barrikade als Brücke ist. Wenn man auch Herrn Venedig beurteilt — doch aus seinen Fehlern könnte man lernen. Mit höhnischen Worten allein schafft man keine wirklichen Erfolge doch nicht aus der Welt. Polen hat andere Wege für richtig erkannt — revidiert aber heute bereits seine Meinung, wenn auch noch still und ohne einen

energischen, hörbaren Schritt. In politischen Dingen zögernd abzumachen, ist noch nie ein Glück gewesen. Und auch in der russischen Frage hat das Bögere sehr viel Schaden gebracht. Es stünde heute anders um uns. Aber noch steht man auf dem Standpunkt der Passivität. Es ist wie mit Deutschland. Venedig hat den Wirtschaftsvertrag bereits in der Tasche — aber bei uns in Polen wird immer gesagt, daß man von Deutschland nicht abhängig sei. Man sagt es solange, bis das Beste fortgenommen ist, und wenn man den Schaden dann bestiegt, schüttelt man entrüstet den Kopf und sagt, daß doch die anderen Diplomaten selbst unredliche Kerle sind.

Eine größere Regsamkeit unserer Diplomaten wäre zu wünschen. Es sieht manchmal aus, als ob man sagen wollte: „Bisher ist ja alles ganz gut gegangen, warum soll es uns denn nicht auch weiterhin gut gehen.“ Dieser Satz zeigt sich auch in der Sanierung unserer Finanzen. Wir haben Gelegenheit genommen, schon des öfteren auf diese Art der Arbeit hinzuweisen. Die Öffentlichkeit, die sehr viele Artikel vorgelegt erhält, wobei selten wirtschaftliche Fragen sachlich aufgerollt werden, hat auch hier einen merkwürdigen Standpunkt. Man wartet ab, was da werden wird, und inzwischen zerbrechen sich die führenden Männer die Köpfe, wie sie uns aus dem Dilemma herausführen sollen. „Es ist ja bisher gut gegangen, warum sollte es uns morgen schlechter gehen!“ denkt das Volk. Es beschäftigt sich mit anderen Dingen.

Zu der Lösung der Finanzsanierung gehört auch eine andere wichtige Frage — es ist das Problem des Antisemitismus. Lawinartig wächst der Judentum. Es ist zunächst noch der Haß der Ohnmacht, der sich seinen rechten Raum weicht. Wenn man einmal durch Polen reist, so hat man überall, im Wohnwagen, auf dem Bahnhof, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das Vergnügen, über das Judenproblem streiten zu hören. Man wartet ab, was da werden wird, und inzwischen zerbrechen sich die führenden Männer die Köpfe, wie sie uns aus dem Dilemma herausführen sollen. „Es ist ja bisher gut gegangen, warum sollte es uns morgen schlechter gehen!“ denkt das Volk. Es beschäftigt sich mit anderen Dingen.

Wenn man sich die Wirklichkeit, besonders in Kongresspolen, näher ansieht, so malt sich das Bild ganz anders. Trotz aller Dege und trotz aller Anfeindungen in der Presse, ist auf den jüdischen Völkern der jüdische Kaufmann einpaß unerschütterlich. Handel und Wandel werden, trotz aller antisemitischen Redensarten, von ihm gemacht. Im Kampfe gegen die Juden hat der Senator Ringel letzten Stellung genommen. In einer Schrift gibt er dem Gedanken Ausdruck, daß der Kampf gegen die Juden den jungen polnischen Staat schaden muß. Er verurteilt in seinen Darlegungen die Ziele des Antisemitismus darzulegen. Der Verfasser erwartet die Durchführung des Programms von Völkern als das Ziel der Antisemiten. Nach diesem Programm soll ein Drittel der Juden das Land als Folge der Verfolgungen verlassen, das zweite Drittel müßte sich taufen lassen und der Rest soll am Hunger zugrunde gehen. Nach Ringel ist dieses Ziel unerschütterlich, denn die Geschichte hat gelehrt, daß keinerlei Verfolgungen die Juden auszurotten vermögen. Auch das Rußland der Despotie konnte diesen „Traum“ nicht verwirklichen. Der wirtschaftliche Boykott gegen die Juden ist nichts anderes als das Spiel des Samsen, der die Säulen des Staatsstempels, Industrie und Wirtschaft, niederstößt, um unter den Trümmern seine Heinde zwar, aber auch sich selbst zu begraben. „Es ist sehr leicht möglich, daß unter solchen Umständen Samsen zugleich mit den Philistern untergeht.“ Werden die Juden zur Regierung gelangen, so bedeutet das nichts anderes als die Revolution der verheerenden Massen. Aber das wollen die Juden ja auch gar nicht. Sie verlangen nur die Garantien, die ihnen das Minderheitenschutzgesetz bietet, nämlich: volle bürgerliche und politische Gleichberechtigung, sowie die Möglichkeit ihrer kulturellen Entwicklung. Und dieses Zugeständnis ist kein Privileg, sondern eine internationale Verpflichtung, die sich alle Staaten auferlegt haben.

Zu allen diesen Dingen kommt jetzt eine neue Maßnahme, die uns vollkommen abschließt von dem Leben außerhalb der Grenzen des Staates. Wer früher noch einmal eine Reise tun wollte, der hatte es leichter, selbst bei allen Paß- und Visumwierigkeiten, als heute. Denn heute, da die Verhältnisse der einzelnen Länder zueinander wieder bessere werden sollten, wird eine große Mauer aus das Land gezogen. Da heute ein Auslandspaß etwa 900 Millionen Mark kostet. Wer kann sich das noch leisten. Die 900 Millionen erscheinen uns unübersehbar wie der Mont Everest... Ob das gut ist für den Staat und seine wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, das wagen wir zu bezweifeln.

Ein neuer Unterstaatssekretär.

Der Staatspräsident hat die Nomination des Unterstaatssekretärs Julian Siennicki zum Unterstaatssekretär im Justizministerium unterzeichnet.

Eine Disqualifikation.

Wie aus Warschau gemeldet wird, hat das Ehrengericht unter dem Vorsitz des Generals Stanisław Haller den früheren Korpskommandeur von Krakau, General Gieł, disqualifiziert.

Keine Verlängerung des Subskriptionstermins.

Im Industrie- und Handelsministerium wurden am Montag unter dem Vorsitz des Ministers Kiedroń Beratungen abgehalten mit Vertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, aber die Subskription dieser Kreise für die polnische Emissionsbank. Minister Kiedroń erklärte, daß eine Verlängerung des Subskriptionstermins unmöglich sei und daß die Zeichnung unwiderruflich am 31. März geschlossen werde.

Brand in einer Munitionsfabrik.

Am Montag brach in der Munitionsfabrik „Pocisk“ in der Warschauer Vorstadt Praga ein Feuer aus, dessen Ursache noch nicht aufgeklärt ist. Es handelt sich wahrscheinlich um Kurzschluß. Die Nachricht von dem Feuer verbreitete sich mit Witzeschnelle in der Stadt. Man sprach von der angeblichen Gefahr einer Explosion, die jedoch unmöglich war, da die Geschosse in Nembertows ausgeladen wurden.

Liquidation.

III. (Schluß.)

Es muß hier kurz an die allgemeinen Grundsätze erinnert werden, die die Verfasser des Vertrages von Versailles bei der Behandlung des Privateigentums, insbesondere des Privateigentums feindlicher oder früher feindlicher Staatsangehöriger befolgt haben.

Im allgemeinen bestätigen sowohl der Vertrag von Versailles wie die ihm nachfolgenden Friedensverträge die im internationalen Recht sowohl vor wie nach dem Krieg einstimmig anerkannte Regel, nach welcher das Privateigentum von den Kriegsführenden nicht verlegt werden darf. Diese Verträge gehen von dem Grundsatz aus, daß das Vermögen der Privatpersonen von jeder Konfiskation und von jeder Schädigung frei zu bleiben habe, und daß, falls diesem Vermögen ein Schaden zugefügt wird, dem Geschädigten volle Entschädigung zu gewähren ist.

Dieser Grundsatz hat im Artikel 232 des Versailler Vertrages deutlichen Ausdruck gefunden, in welchem die deutsche Regierung die förmliche Verpflichtung übernimmt, alle Schäden zu ersetzen, die der Zivilbevölkerung einer jeden der alliierten oder assoziierten Mächte und ihrem Vermögen zugefügt worden ist. Derselbe Grundsatz findet sich in anderer Form im Artikel 297 Lit. a ausgedrückt, nach welchem die exceptionellen Kriegsmaßregeln und die Verfügungsmaßregeln, die Deutschland betreffend die Güter, Rechte und Interessen von Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte ergriffen hat, sofort aufzuheben oder einzustellen sind.

Dieser Schutz des Privateigentums beschränkt sich nicht auf das Privatvermögen der alliierten oder assoziierten Staatsangehörigen, er erstreckt sich vielmehr auch auf das Vermögen der „feindlichen“ Staatsangehörigen. Artikel 297 Lit. i bestimmt nämlich, daß Deutschland sich verpflichtet, seine eigenen Staatsangehörigen zu entschädigen mit Rücksicht auf die Liquidation oder die Zurückbehaltung ihrer Güter, Rechte oder Interessen in alliierten oder assoziierten Ländern.

Man findet eine Anwendung desselben Grundsatzes nicht nur in den Bestimmungen der Verträge von St. Germain und Trianon, die den obigen Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechen, sondern auch in denjenigen Vorschriften dieser Verträge, die den Nachfolgestaaten unterliegen. Die Güter, Rechte und Interessen österreichischer oder ungarischer Staatsangehöriger zu liquidieren.

Wenn andererseits der Versailler Vertrag und die ihm nachfolgenden Verträge, in ausnahmsweiser Abweichung von dem allgemeinen Grundsatz, die Ergreifung, Zurückbehaltung oder Liquidation des Privateigentums zulassen, nehmen sie sorgsam darauf Bedacht, das den Staaten eingeräumte Recht des Eingriffs in das Privateigentum ganz bestimmt zu umgrenzen; der Preis des enteigneten Gutes muß unter möglichst billigen Bedingungen festgesetzt werden, und es wird (mindestens wenn der liquidierende Staat zu den neu geschaffenen Staaten gehört) ein Streitverfahren eingerichtet für den Fall, daß über diese Preisfestsetzung Streitigkeiten entstehen sollten.

Aus den vorstehenden Erwägungen muß die eine Feststellung gefolgert werden, daß nämlich die Klauseln der Friedensverträge, die sich auf die Liquidation des feindlichen oder früher feindlichen Vermögens beziehen, da sie Ausnahmeregelungen sind, die von dem gemeinen Recht abweichen, eng ausgelegt werden müssen. Die Staaten, auf welcher Seite sie auch während der Feindseligkeiten gestanden haben mögen, sind grundsätzlich verpflichtet, die Güter, Rechte und Interessen der feindlichen oder früher feindlichen Staatsangehörigen zu achten; in den Fällen, in welchen ihnen ausnahmsweise gestattet wird, sich dieser Güter, Rechte und Interessen zu bemächtigen, dürfen sie von dieser Ermächtigung nur in den durch die Friedensverträge gezogenen Grenzen Gebrauch machen. Sie müssen, mit anderen Worten, sich entweder jeglicher Verletzung des Privateigentums feindlicher oder früher feindlicher Staatsangehöriger enthalten oder, falls ihnen das Recht eingeräumt ist, dieses Eigentum zu liquidieren, und sie von dieser Verfügung Gebrauch machen wollen, so müssen sie sich den Bedingungen unterwerfen, von denen die Friedensverträge die Ausübung des Liquidationsrechts abhängig gemacht haben.

VII. Jedoch darf man nicht übertreiben, denn gewisse Grenzen dürfen nicht überschritten werden, ohne daß man auf einen besonders beachtlichen Einwand des liquidierenden Staates stößt.

Die Regierung dieses Staates könnte nämlich folgendes einwenden:

Falls ihm die Enteignung des feindlichen Eigentums nur im Wege der Liquidation freistehen sollte, so würden die feindlichen Eigentümer sich den eigenen Staatsangehörigen des liquidierenden Staates gegenüber in einer bevorzugten Lage befinden; andererseits würde dadurch die

1 Dollar	= 9300 000 Mtp.
1 Valorisationsfrank ..	= 1800 000 Mtp.
1 Goldfrank (Zloty)...	= 1798 000 Mtp.
1 Danziger Gulden...	= 1620 000 Mtp.
1 Goldmark	= 2215 000 Mtp.

Souveränität des Staates in ganz unzulässiger Weise beschränkt werden, da eine ganze Kategorie von Einwohnern seines Gebietes den Maßnahmen entgegen würde oder entgegen könnte, die der Staat allen Einwohnern dieses Gebietes anzuerkennen für notwendig erachtet würde. Falls z. B. die Regierung es für unerlässlich erachtet, alle ungeordneten oder haufartigen Häuser dieser oder jener Stadt entschädigungslos zu enteignen, würden dann die feindlichen oder früher feindlichen Eigentümer dieser Last sich entziehen oder sich auf die Rechte berufen können, die ihnen die Liquidationsvorschriften des Vertrages von Versailles verleihen? Wenn ferner der Nachfolgestaat es für unerlässlich erachtet, eine Agrarreform durchzuführen auf Grund derer die Güter eines gewissen Umfanges unter die Bauern aufzuteilen wären, würden dann die feindlichen oder früher feindlichen Eigentümer dieser Güter behaupten können, daß diese Reform, soweit sie es angeht, eine Liquidation bilde, und die in dem Vertrag von Versailles für die Liquidation vorgesehene Entschädigung verlangen dürfen? Die Bejahung dieser Fragen, so wird die liquidierende Regierung versichern, würde ihr die Ausführung jedes großen öffentlichen Werkes, jeder durch den sozialen Fortschritt oder gar durch das öffentliche Wohl erforderlichen Reform zur Unmöglichkeit machen.

Die Bedeutung dieses Einwandes ist nicht zu verkennen, erscheint jedoch nicht in allen daraus hergeleiteten Ansprüchen begründet.

Freilich können offenbar die auf die Liquidation feindlichen oder früher feindlichen Vermögens bezüglichen Vorschriften des Vertrages von Versailles nicht die Wirkung haben, daß dadurch jede Ausführung einer öffentlichen Arbeit oder jede durch den sozialen Fortschritt oder das öffentliche Wohl erforderliche Verbesserung verhindert wird. Insbesondere kann die Abführung vor dem Privateigentum früherer Feinde nicht zur Wirkung haben, daß sie ein Hindernis bildet für den als unerlässlich erachteten Bau einer Eisenbahn oder einer ähnlichen Anlage; wenn also die von einem Staat in Aussicht genommene Enteignung unstrittig und unehrlich die Merkmale der öffentlichen Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit aufweist, wird man sicherlich nicht von einer Liquidation reden können und in diesem Fall werden die Liquidationsvorschriften des Vertrag von Versailles keinen Augenblick dem Staat entgegengehalten werden können.

In zahlreichen Fällen jedoch können Zweifel entstehen, und es kann bei dieser oder jener Maßregel fraglich sein, ob sie eine Liquidation bildet oder nicht.

Die von dem Staat entweder gegenüber dem feindlichen Eigentum oder im allgemeinen gegenüber dem Eigentum aller seiner Staatsangehörigen zu ergreifenden Maßnahmen können je nach den Fällen einen verschiedenen Charakter zeigen, der genau zu unterscheiden ist.

Zu dem einen Fall ist die Maßregel, durch welche, unter welcher Form auch immer, die liquidierende Regierung feindliche oder früher feindliche Staatsangehörige enteignet, gegen diese Staatsangehörigen besonders gerichtet: ihr einziger eingeschandener oder nicht eingeschandener Zweck besteht darin, das feindliche oder früher feindliche Eigentum zu enteignen, sei es, daß in dem betreffenden Gesetz oder der betreffenden Entscheidung offen zum Ausdruck kommt, daß nur die feindlichen oder früher feindlichen Eigentümer als solche getroffen werden sollen, sei es, daß es sich um ein Gesetz oder eine Entscheidung handelt, deren Wortlaut zwar allgemein gefaßt ist und alle Einwohner treffen kann, die aber tatsächlich und systematisch nur auf feindliche Staatsangehörige Anwendung finden. In all diesen Fällen kann die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Sobald der feindliche Staatsangehörige, der zum Gegenstand einer solchen Maßregel geworden ist, darzut, daß sie gegen ihn nur ergriffen worden ist, weil er feindlicher Staatsangehöriger ist, bildet diese Maßregel eine Liquidation und gibt dem Eigentümer Anspruch auf die im Vertrag von Versailles vorgesehene Entschädigung.

Es kann ferner vorkommen (es ist dies der zweite Fall), daß der Staat, der eine Maßregel ergreift, über welche sich der früher feindliche Staatsangehörige beklagt, in Wirklichkeit ein doppeltes Ziel verfolgt. Zwar hat er sich bei dem Erlass dieses oder jenes Gesetzes, bei dem Ergreifen dieser oder jener allgemeinen Maßregel durch Erwägungen des öffentlichen Interesses leiten lassen, doch benutzt er dieses Gesetz oder diese allgemeine Entscheidung, um das Eigentum früher feindlicher Staatsangehöriger zu enteignen oder zu konfiszieren. Dies würde z. B. dann der Fall sein, wenn zur Durchführung einer Agrarreform, die im öffentlichen Interesse liegen würde, ein Staat die darunter fallenden Besitztümer auf solche Weise definieren würde, daß tatsächlich nur die Besitztümer der früher feindlichen Staatsangehörigen davon betroffen würden. In dieser zweiten Reihe von Fällen liegt eine Maßregel vor, die unter dem Anschein eines allgemeinen Gesetzes oder einer allgemeinen Entscheidung in Wahrheit speziell das feindliche Eigentum trifft. Auch hier wird daher der durch eine solche Maßregel betroffene feindliche Eigentümer die im Vertrag von Versailles für den Fall der Liquidation vorgesehene Entschädigung beanspruchen können.

Endlich kann eine dritte Möglichkeit vorliegen: Der Staat verfolgt wirklich und ehrlich ein im öffentlichen Interesse liegendes Ziel und ausschließlich ein solches Ziel. Es handelt sich in der Tat um ein unbedingt auszuführendes großes öffentliches Werk, um die Verwirklichung einer unerlässlichen Reform. Die von dem Staat notwendigerweise zu ergreifenden Ausführungsmaßnahmen treffen aber natürlich auch das Eigentum früher feindlicher Staatsangehöriger. Werden diese sich auch hier auf die Schutzvorschriften des Vertrages von Versailles berufen und die in diesem Vertrag für den Liquidationsfall vorgesehene Entschädigung verlangen können? Sicherlich müssen in diesem Fall die früher feindlichen Staatsangehörigen, ebenso wie die Staatsangehörigen des Landes, in welchem sie leben, sich den Maßnahmen unterwerfen, die das allgemeine Interesse erfordert, und sich grundsätzlich mit den, wenn auch noch so geringen Entschädigungen begnügen, die der Staat seinen eigenen Staatsangehörigen gewährt. Jedoch dürfte auf Grund der ausdrücklichen Fassung des Vertrag von Versailles dem früher feindlichen Staatsangehörigen die Möglichkeit einzuräumen sein, vor dem gemischten Schiedsgericht die Frage zu erörtern, ob wirklich die Maßregel, von der er betroffen wird, oder die Art und Weise in welcher diese Maßregel auf ihn angewendet wird, nicht dem besonderen Wunsche entspricht, ein feindliches Gut zu treffen, und in keinerlei außerordentlicher Kriegsangelegenheit, in keinerlei Kriegserwägung ihren Grund hat. Wollte man in diesem Fall die in Frage stehende Maßregel als Liquidation zu betrachten und der früher feindliche Staatsangehörige berechtigt, eine Entschädigung zu verlangen, jedenfalls insoweit als die Maßregel als Liquidation erscheinen würde.

Man sieht aus vorstehendem, wie die oben gestellten Fragen beantwortet werden müssen:

1. Ein Anspruch auf Entschädigung auf Grund der die Liquidation feindlichen Vermögens betreffenden Vorschriften des Vertrag von Versailles besteht nicht nur dann, wenn ein förmliches Liquidationsverfahren nach den besonderen Liquidationsgesetzen des liquidierenden Staates vorliegt, sondern auch dann, wenn außerhalb des für das feindliche Vermögen vorgesehenen förmlichen Liquidationsverfahrens Maßnahmen ergriffen worden sind, die zum Ergebnis einen Eingriff in das feindliche Eigentum als solches oder eine durch den Krieg verursachte oder bedingte Enteignung dieses Eigentums gehabt haben. Mit anderen Worten, die Liquidation im Sinne des Vertrag von Versailles ist nicht nach der inneren Gesetzgebung des liquidierenden Staates zu definieren (Formaldefinition), sondern eine Liquidation ist immer dann als vorliegend anzunehmen, wenn die Besitztü-

mer des früher feindlichen Eigentümers die materiellen Bedingungen dieser Maßregel aufweist, welche Form oder Bezeichnung der liquidierende Staat ihr auch gegeben haben mag.

2. Grundsätzlich kann der liquidierende Staat über das früher feindliche Eigentum nur im Wege der Liquidation verfügen, jedoch unter der Voraussetzung, daß es sich gerade um eine Liquidation handelt. Je nach den Fällen können über den letzteren Punkt Zweifel entstehen. Jeder Eingriff in das früher feindliche Eigentum, welcher die materiellen Bedingungen der Liquidation in sich vereinigt und nicht begleitet ist von der gleichzeitigen Gewährung einer billigen Entschädigung, muß als eine Verletzung der Liquidationsvorschriften des Vertrag von Versailles angesehen werden. Wenn Zweifel über die Frage entstehen, ob die von dem liquidierenden Staat ergriffene Maßregel, unter welcher Form auch immer sie erscheint, ihrem inneren Inhalt nach eine Liquidation darstellt, so ist es Sache der schiedsgerichtlichen Rechtsprechung, diese Zweifel zu entscheiden, und es hat in diesen Fällen der früher feindliche Staatsangehörige gerade in dem Umfang Anspruch auf Entschädigung, in welchem die in Frage stehende Maßregel eine Liquidation bildet.

Die Organisation der hohen Militärbehörden im Frieden.

Ein Antrag des Generals Sforzi.

Der Ministerrat nahm in seiner Montagsitzung einen Antrag des Kriegsministers über die Organisation der obersten Militärbehörden zu Friedenszeiten an. Der Antrag lautet: 1. Im Sinne der Verfassung ist der Staatspräsident das Oberhaupt der Armee, der Kriegsminister aber ihr Befehlshaber zur Friedenszeit und für die militärischen Angelegenheiten vor dem Reichsamt verantwortlich. Dem Kriegsminister unterstehen alle Militärpersonen und sind vor ihm für den ihnen aufgetragenen Tätigkeitsbereich verantwortlich. 2. Die Pflichten und Privilegien des Staatspräsidenten in der Eigenschaft des Oberhauptes des Heeres werden entsprechend hervorgehoben und untersteht als ständiger moralischer Stützpunkt des Heeres, der es von den veränderlichen politischen Bedingungen unabhängig macht. 3. Interessieren anderer Minister für kriegsberührende Angelegenheiten, durch die Bildung eines Staatsverteidigungsrates als objektive Instanz für Entscheidungen, die von militärischer Seite erhoben werden, und die Ermöglichung der Vereinheitlichung der Bemühungen des Kriegsministers mit denen anderer Minister und der ganzen Gesellschaft auf dem Gebiete der Vorbereitungen zur Verteidigung des Staates. 4. Die Sicherung der Kontinuität der Arbeit an der Abwehrbereitschaft des Staates durch die Erhaltung der Gefechtsfähigkeit der Armee, die Verleihung einer hohen militärischen und moralischen Autorität an sie durch die Schaffung des Postens des Generalinspektors der Armee, dem weite Kompetenzen gegeben werden bezüglich der kriegsrischen Vorbereitungen und der Operationspläne, dem ein Einfluß auf die Ausbildung der Armee und auf persönliche Angelegenheiten gesichert wird. In diesen Angelegenheiten sollen der Chef des Generalstabes und die Armeeminspektoren von ihm unabhängig sein. 5. Einfache und logische organisatorische Fassung der Kompetenzen mit Wahrung der Bestimmungen der Verfassung durch richtige Festlegung der Beziehungen der Disziplin und Verantwortung, Einheitlichkeit des Generalstabes und Ausdehnung des Stabes des Generalstabes von den Einflüssen der inneren Politik.

Um die Vorkriegshypotheken.

Wie aus Warschau gemeldet wird, wird seit drei Tagen über die Regelung der Vorkriegshypotheken und die privatrechtlichen Darlehen konferiert. Unabhängig von dem gesammelten Material in dieser Sache beschäftigte sich der Ministerrat am Montag mit der Regelung der privatrechtlichen Darlehen des Staatsschatzes. Zur Prüfung dieser Frage wurde eine besondere interministerielle Kommission gebildet.

Eine Textilfabrik in Lodz geschlossen.

Wie aus Lodz gemeldet wird, ist eine der größten Textilfabriken, die Wlajewski-Manufaktur, die mehr als 8000 Arbeiter beschäftigt, auf unbestimmte Zeit geschlossen worden. Als Grund gilt der Umstand, daß die Direktoren die Lohnbedingungen ändern will, um auf den Märkten erfolgreicher konkurrieren zu können. Die Arbeiter bieten eine Vermittlung ab, in der sie gegen die Abkürzung der Direktoren und gegen die Schließung der Fabrik aus schärfste protestieren. Sie verlangen das Eingreifen der Behörden.

Mente.

Roman von E. Vely.

(15. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterlag.)

„Na ja — da haben wir's! Sie haben es sich gedacht. Es ja ganz hübsch und freut mich für Sie, Mente, daß — Sie das so denken! Fällt den andern aber gar nicht ein, den Männern nicht, und die Mädchen, na, die nehmen die Sache wie sie ist. Wie's so viele Hunderte tun! Sie sind lustig und leichtsinnig und sorglos — und wenn's vorbei ist mit dem, dann gehn sie mit 'nem andern aus. Und die einen verkommen ganz, und den andern glückt's, und sie finden irgend einen Dummen aus ihrem Stande, der sie dann heiratet. Und lebenslang vergessen sie denn die besseren Tage und die gebildeten Menschen nicht — und es auch 'n Unglück. Denn, das müssen Sie ja auch einsehen, all diese jungen Kaufleute woll'n als Frauen doch nur Mädchen aus besseren Familien und welche mit Geld dabei.“

Mente faltete entsetzt die Hände.

„Ach, wenn es Anna und Lina so ginge — wenn die beiden es nicht ehrlich mit Ihnen meinten!“

Agate gab dem leeren Stuhl an ihrer Seite einen Stoß, daß er weit abfiel.

„Zu bämlich! Das wissen die doch genau — und ich sage es man bloß zum Exempel!“

„Ach!“

Es war ein Weibchen wieder still, die weißen Federn flatterten an der Scheibe vorüber — tick-tack sagte es hinter der Porzellan.

So — sollte das sein? Mente wollte es nicht glauben — freilich, von Heirat und Zukunft hatten die beiden Mädchen nie gesprochen, immer nur von dem lustigen Heute und höchstens noch von dem frühlichen Morgen! Aber wenn die beiden Herren Klünke und Nabow es nicht ehrlich meinten — das wäre ja schlecht, sehr schlecht. In Wilrode war solche eine Geschichte gewesen, darüber waren alle entsetzt. Ein junger Arzt hatte seine Braut verlassen, um eine reichere Dame zu heiraten!

„Es wäre zu schlecht, zu schlecht!“ sagte sie halblaut vor sich hin.

„Ja, freilich,“ fiel die harte Stimme ein, „das meine ich auch, wenn man mit den Händen im Schoß zusäße, daß Sie, junges Gimpelchen, auch mal auf so'n Bein gingen. Aee, das will ich nu nicht verantworten, gewiß nicht — und darum ist es besser, Sie kriegen die Winde, die Sie in Ihrer lieben Unschuld vor den Augen haben, mal untergerissen. Ratsch, ratsch, mach' ich mir doch gar nichts daraus, rein gar nichts!“

„Ach, Fräulein Agate!“

Die hatte eine mächtig große Schere ergriffen und schnitt damit durch einen grünen Samstoff. Ihre schmalen Lippen bewegten sich im Takt mit, so oft jene auf- und zuschnappte.

Mente dachte an ihren unfreiwilligen Besuch bei Frau Anna. Die hatte mit einem lachenden Gesichte gesagt, die Männer wären dumm. Hier bekam sie eine neue Lektion: falsch, sehr falsch sollten sie sein.

Klappklapp machte die Schere in den hageren Fingern ba drillen; schnipp-schnapp — sie kannte ein Verschen aus der Kinderzeit, mit dem hatten sie immer abgezählt, an dem die Reihe des Verstedens sein sollte — sie bekam plötzlich etwas wie Furcht vor den stehenden, schwarzen Augen der heiligen Agate. Wenn nur Lina und Anna dagewesen wären, die sprachen ganz anders! Halblaut bewegte sie jetzt die Lippen, es war ihr, als warte die altliche Putzmacherin auf die Antwort: „Daß die Männer so schlecht sein können, so schlecht!“ und ein Seufzer kam nach.

„Gahaha!“ Der Kopf nickte immer noch im Takt. „Nicht wahr, sollte man gar nicht denken, wenn sie einen ja umfädeln und Stühholz raseln — das verstehen sie. Lieber Himmel, ich kann mir nicht viel darauf zugute tun, denn schon bin ich nicht gewesen, und bloß fürs Leichtsinne habe ich auch nichts mitgekriegt. Aber — eine Erfahrung hat jeder doch gemacht. Und dann — habe ich immer die Augen offen gehabt.“

Mente blinnte sie ratlos an; das klang alles so jäh und schief. Wenn doch lieber jemand in den Laden treten wollte!

Der Samt lag fertig geschnitten, nun rühte die Putzmacherin sich wieder auf ihrem Stuhle zurecht.

„Exempel —“ sie blickte in die Höhe, „na, da haben wir ja gleich eins in nächster Nähe. Fräulein Celine Schulz.“

„Ach —“

„Es die Töchter von 'nem Schullehrer und hat auch zu Hause nichts wie gute Lehren gehört, und darum, weil sie gar nichts von der Schlechtigkeit der Welt wußte — I nu ja! Sie ist sehr schön gewesen, und das ist für 'n armes Mädchen meistens ein Unglück. Sie hat denn auch einem feinen Herrn geglaubt, alles, was er ihr gesagt hat. Vor allen Dingen, daß er mit einer Heirat mit einer kleinen Putzmacherin warten müßte, bis sein vornehmer Vater tot wäre. Gut, sie wartete. Und er richtete ihr einstellenden einen Laden ein — und sie wartete. Der Vater hatte nu 'ne recht kräftige Gesundheit, und der feine Herr Regierungsrat war auch wohl nicht so unkindlich, es anders zu wünschen. Und da heiratete er denn eines Tages ein adeliches Fräulein.“

„Oh!“ Mente beugte sich weit über den Tisch, um besser hören zu können.

„Na ja, seiner Karriere und seiner vornehmen Familie halber. Es war ein ganz kunstvoller Brief, den er da verfaßt hatte. Nur, daß die arme Celine ihn in tausend Fäden riß. Und fuhr an ihr vorbei mit dem Fräulein „von“, das mußte sie ansehen, und was die Leute alles sagten, das mußte sie anhören, das war noch viel schlimmer — was wollte die? Die mußte ja schweigen! Sie war ja schon im voraus abgefunden mit dem geschenkten Geschäft für ihr Vertrauen, ihre verlorenen Jugendjahre und für ihre Ehre — ja, ja —“

„Ach, du lieber Gott!“ schluchzte Mente.

„Na ja — nicht mal vor die Füße konnte sie dem Dummen das Almosen werfen, denn ihre lahme Schwester hätte dann obdachlos auf der Straße gelegen —“

„O, der böse, böse Mensch!“

(Fortsetzung folgt.)

Am Sonntag abend ist mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegersohn **Amtsrichter, Justizrat Paul Weiß** im Alter von 64 Jahren an Herzschlag sanft entschlafen.

Bromberg, den 11. März 1924.

Margarete Weiß
a. d. Epner,
Ersta Weiß,
Reinhold Weiß,
Bernert Weiß,
Paul Epner, Major a. D.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 4 Uhr von der Kapelle des alten evangelischen Friedhofes aus statt.

Frauenchule Szczerebiecin (Scherpingen).

Post Rukosin, Kreis Tezew, Pommerellen.

Lehrgänge

für ländliche Hauswirtschaft,
Geflügelzucht, Gartenbau.

Ausbildung

zur geprüften Hausbeamtin.

Schul- und Pensionsgeld 4 Ztr. Roggen.

Auskunft, Schulpläne durch die Vorsteherin (5834)
Ingeborg von Gyldenfeldt.

Jede deutsche Familie abonniere die reich illustrierte große Wochenchrift

„Ost und Süd“

die über alle Weltereignisse in sachlicher und aufklärender Weise unterrichtet und in literarischer Beziehung auf hoher Stufe steht. „Ost und Süd“ erhält ferner einen reichhaltigen weltwirtschaftlichen Teil und wird von allen Importeuren bevorzugt.

Bezugspreis pro Monat 4000 000 Mark portofrei.

Zu beziehen durch die

Annoncen-Expedition Alfred Toegel,

Köln, Pfortstraße 135.

Zur Abladung im März
kaufen in Waggonladungen:

Früh- u. Speisekartoffeln

Kaiserkrone, Industrie, Frühe
Rosen, Elba, Alma, Ap. to date,
Blaue Nieren

gegen sofortige Kasse u. erbitten Offerten.

Wróblewski i ska, Ziemiopłody

Bydgoszcz, Śniadeckich 52a
Tel. 71 u. 72. Tel.-Adr.: „Zboze“.

Zur Frühjahrspflanzung

empfehle alle Arten Obst- u. Kleebaum, auch Pflaumen,
Feucht- u. Zierfrüchte, Sedumpflanzen, hohe und
niedrige Rosen, Stauden-, Spargel- u. Erdbeerpflanzen.

Aug. Hoffmann, Baumgärten, Gniezno.

Schafwolle

kaufe ich
zu Tagespreisen
Tausche
um auf

Garnwolle

Gniezno, ul. Warszawska 30. Tel. 411

Postuszny

Filiale: Mogilno, ul. Jana Kausa 5.

Ich kaufe zur sofortigen Lieferung:

Saatkartoffeln

besonders

frühe Sorten

Da die Lieferungen bis 25. März d. Js. erfolgt
sein müssen, erbitte schnellstes Angebot.

Wilhelm Werner,

Poznań, plac Wolności 18.

Telephon 34-03 und 40-88.

Empfehlen zur sofortigen Lieferung:

Chilisaalpeter Superphosphat

für Getreide aus neuer Ernte sowie gegen fertiges Getreide.

Ab unseren Lagern:

Thomasmehl, schwefelsaures Ammoniak, Kalkstickstoff, Kalisalze.

Wir kaufen zu guten Preisen zur Abladung März/April:

Saatkartoffeln

von frühen bis späten Sorten
anerkannte u. nichtanerkannte.

Speise- und Fabrikware.

Offerieren günstigst auf eigenen Reinigungsanlagen bestens gereinigte
erstklassige

Klee-, Gras-, Rübensaaten, Hülsenfrüchte, Sommergetreide.

Poznański Bank Ziemiań A.-G.

Landw. Handels-Abteilung

Zentrale: Poznań, Podgórna 10.

Filialen: Bydgoszcz, Grudziądz, Leszno, Ostrów, Katowice,
Warszawa, Wilno.

Jedes Quantum

Schafwolle

(ungewaschen)

kauft zu den höchsten Tagespreisen
auf Basis der Dauervaluta

Spółka-Akcyjna „ROLA“

Poznań, św. Marcin 48.

Tel. 2895 u. 2896.

Tel.-Adr.: „ROLA POZNAN“.

Als Ersatz

für ausgewinterte Wintersaaten

empfehle

„Sommerweizen“

hohertragreich, brandfrei, zur höchsten
Marktnotiz und 25 Prozent Aufschlag.

Saatzuchtwirtschaft

Wielka Stupia bei Środa.

2 möbl. Zimmer,

einzel., evtl. zusammen von
sofort zu vermieten.
Off. bitte unter 5866 an die
Geschäftsstelle d. Bl.

Gut möbl. Zimmer,
mögl. zentr., m. elektr. Licht,
nicht bef. Herr z. 1. 4. Off. u.
P. 3. 5865 a. Geschf. d. Bl.

1 bis 2 gut und modern

möbl. Zimmer,
in besserem Hause gesucht.
Geschf. Off. u. 5866 a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erweisen.

Wohnung,

auch nur ein Zimmer mit
Küche suche dringend. Zins
nach Vereinbarung. Offerten
u. 5872 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 11. 3.: „Dämon“, Oper v. Rubinstein.
(Abonnement urgultio)
Mittwoch, den 12. 3.: „Die Hugenotten“, Große
Oper von Meyerbeer.
Donnerstag, den 13. 3.: „Eugen Onegin“, Oper von
Tschaikowski.
Freitag, den 14. 3.: „Aida“, Oper von Verdi.
Gastspiel: des Herrn M. Semak.
Sonntag, den 16. 3.: „Dämon“, Oper v. Rubinstein.
den 16. 3. nachm.: „Faust“, Oper v. Gounod.
(Ermäßigte Preise.) - Abm.: „Der Zigeuner-
baron“, Komische Oper von Strauss.

Achtung Damen! Annahme von Strohhüten zum Umpressen

auf die modernsten Formen hat begonnen.
Eigene Färberei. Eigene Färberei.
Hutmachermeister M. Ziegler,
Poznań, M. sztalarska 5a.

Empfehle zur sofortigen
Lieferung ab meinem Lager:

Kompl. Kachelöfen Kochherde Transport. Kachelöfen

in verschiedenen Farben und Größen.

F. Klupsch, Wrzesnia, Gnieźniska 7.

I. Hypothek

(30—40 000 Gmt)

auf komfortables

Grundstück in Deutschland

sofort geincht.

Off. Nr. 4549 an Annon-Exped. C. B. „Express“,

Bydgoszcz.

Kohlensäure- flaschen,

7 Stück, 8 kg. Inhalt, gut
erhalten abzugeben.

Paul Conrad,
Szamotuły. 5889

Zur die Fasttage frisches Speiseöl

empfehle Engde u. En etant
Nowa Drogerja, ul. Wroclawska 30.
u. Rynkowa Drogerja, ul. Rynkowa.

Wohnungstausch Danzig—Poznań.

Villa 11 Zimmer hochherzlichlich in Danzig ver-
kauft oder vertauscht gegen ein gutes Objekt in
Poznań. Anfragen u. 5887 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Verein deutscher Singer.

Mitwoch, d. 19. d. Mts., ab 8
Uhr findet im Vd. Verein-
haus (H. Saal) die diesjäh-
rliche Generalversammlung
statt. Die Tagesordnung wird
vor der Eröffnung d. Sitzung
bekannt gegeben. Der wichtigen
Tagesordnung halber ist d. s
Erscheinen aller Mitglieder
erwünscht. Der Vorstand.

Empfehlen

neu, sofort lieferbar:
Krajinow, Verleben heißt
vergeben. 2 Bde. geb.
Offenwerst. Tiere, Men-
schen und G. er geb.
Heur. Ford, Mein Leber
und Werk, geb.

Graf Witt,
Erinnerungen gebunden.

Schaefer, die 13 Bücher der
deutschen Seele, geb.

Brochhaus, Handbuch des
Wissens. 4 Bde. geb.

Hidmann, Geographisch-
statistischer Universal-Atlas, geb.

Meyers Gr. Konversations-
Lexikon. 6. Auflage. 24

Bde. Halbleder geb. 24 Bde.

Brochhaus, Gr. Konvers.
Lexikon. 1920. 17 Bde. geb.

Moskowskij, Der Venus-
park, geb.

Posener Buchdrucker-
und Verlagsanstalt, 2. u.

Poznań, ul. Bydgoszczka 6.

1,30 Ztr. Blei

zu vertrauen geg. gebrauchten
Stacheldraht.

Karl Kleine, Lesno bei
Wagrower. 5871

Berzühl. Mittagstisch

zu fest en Preisen emobli-
Möbl. ul. Sew. Mielży-
ńskiego 22 IV. Eingang
patierre rechts. 5885

Geb. Dame, Witwe, 1 Kind,
Mitte 50 evtl. sehr gute Aus-
steuer, Minnhaberin eines
schönen Grundstücks mit Ge-
schäft, sucht Priemwechsel mit
nur geb., ev. Herrn, bis zu 45
Jahren, zweiseitiger

Heirat

evtl. Einheirat. Geschf. Entw.
u. St. 5877 a. d. Geschf.
d. Bl. erweisen.

